

30.01.2015

Die Mitte **CDU**



Liebe Freunde,

Nach der Wahl in Griechenland stellen sich innerhalb der EU völlig neue Herausforderungen. Denken wir nur an die geldpolitischen Beschlüsse der EZB oder der Schweizerischen Nationalbank. Und mit Blick nach Griechenland ist es schon erstaunlich, wie schnell sich linke Wahlsieger und rechte Populisten zu einer Regierung zusammenfinden. Erstaunlich, wer bei uns in Deutschland diesen Wahlsieg bejubelt hat. Extreme sind sich ganz offenbar doch näher, als viele wahr haben wollen.

Ebenso wahr ist aber auch: Nicht die Troika, Brüssel oder Berlin sind schuld an der griechischen Misere, sondern das jahrzehntelange Versagen der Eliten Griechenlands. Und weiter gilt: Die neue griechische Regierung ist genauso an die Verträge gebunden, die das Land mit seinen europäischen Partnern eingegangen ist, wie jede Vorgängerregierung auch. Das unterscheidet das heutige vom früheren Europa.

Deshalb halte ich es auch für falsch vom bisherigen Weg abzuweichen.

Mit einem weiteren Schuldenschnitt gefährde man nicht nur die weiteren Reformanstrengungen anderer Länder innerhalb der Eurozone, sondern würde auch anderen konservativen Partnern der Eurozone vor den Kopf stoßen. Ebenfalls ist mit Gegenwind aus den Reihen unserer CDU/CSU-Fraktion zu rechnen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr/Euer

Jahreswirtschaftsbericht 2015: Gute Verfassung der deutschen Wirtschaft

Der Jahreswirtschaftsbericht 2015 der Bundesregierung umreißt die Grundlagen der Wirtschafts- und Finanzpolitik in diesem Jahr. Wir können feststellen, dass unter der unionsgeführten Bundesregierung das deutsche Wirtschaftswachstum trotz der weiter schwelenden geopolitischen Risiken wieder an Dynamik gewinnt. Die entscheidenden Antriebskräfte sind ein starker Arbeitsmarkt und steigende verfügbare Einkommen. Mit 42,7 Millionen Erwerbstätigen im vergangenen Jahr hat Deutschland zum achten Mal in Folge einen neuen Beschäftigungsrekord erreicht - und die hohe Zahl offener Stellen weist auf weiter steigende Arbeitsnachfrage hin.

Wir müssen nun also die gute wirtschaftliche Verfassung unseres Landes erhalten und möglichst weiter ausbauen. Es ist daher erfreulich, dass wir unseren Koalitionspartner auch mittelfristig von der schwarzen Null überzeugen konnten und auf dieser Grundlage nun über private und öffentliche Zukunftsinvestitionen sprechen können. Ebenso erfreulich ist es, dass unser Koalitionspartner inzwischen die Bedeutung von Strukturereformen in Deutschland und Europa anerkennt. Denn Investitionen können nur dann erfolgreich sein, wenn die unternehmerischen und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen stimmen. Vor diesen Hintergrund trägt der diesjährige Jahreswirtschaftsbericht den Titel „Investieren in Deutschlands und Europas Zukunft“.

Entschlossen gegen Islamisten

Seit 2012 und verstärkt seit 2013 sind mindestens 600 Islamisten, davon mehr als die Hälfte deutsche Staatsbürger, aus Deutschland in Richtung Syrien und Irak ausgereist, wo von der Anwesenheit von mehr als 3.400 Kämpfern allein aus Europa auszugehen ist. Viele von ihnen wurden militärisch ausgebildet und haben in dieser Region an Kämpfen teilgenommen.

Die Ausreise von Kämpfern aus Deutschland in Krisenregionen trägt zur Destabilisierung staatlicher und ziviler Strukturen in diesen Krisengebieten und zur Stärkung terroristischer Strukturen vor Ort bei. Sie geht mit Straftaten im Ausland einher und berührt erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland. Die Rückreise dieser Personen gefährdet die innere Sicherheit Deutschlands. Es besteht ein erhebliches Risiko, dass kampferprobte Rückkehrer in Deutschland aktiv werden und Anschläge planen.

Nach geltendem Recht kann diesen Gefährdern bereits heute der Reisepass entzogen werden. Zukünftig gilt dieses auch für den Personalausweis, um Ausreisen in Krisengebiete, etwa über die Türkei, effektiver unterbinden zu können. Ein Ersatz-Personalausweis wird als Identifikationsnachweis ausgestellt. Dieses ist kein Allheilmittel gegen den Terror, aber wir müssen alles tun, um Terroranschläge zu verhindern. Dazu gehört auch, den Versuch der Ausreise mit terroristischen Motiven unter Strafe zu stellen und terroristischen Vereinigungen ihre finanzielle Grundlage zu entziehen.

Auch benötigen wir dringend Mindestfristen zur Speicherung von Verbindungsdaten. Es ist nicht nachvollziehbar, dass 23 EU-Mitgliedstaaten auf dieses Mittel zur Terrorbekämpfung setzen, Deutschland aber weiterhin darauf verzichtet. Wir halten es zudem für richtig, die Sympathiewerbung für Terrorvereinigungen wieder unter Strafe zu stellen.

Parteiübergreifende „Abgeordnetengruppe Bahnlärm“

Seit Kurzem bin ich Mitglied der „Abgeordnetengruppe Bahnlärm“, die sich bald offiziell konstituieren wird. In dieser Gruppe sind bislang 88 der 631 Bundestagsabgeordneten organisiert. Forderungen der Gruppe sind, dass die Bahn schneller leiser wird, ganz besonders im Schienengüterverkehr.

In einem Entwurf eines Positionspapiers unserer Gruppe wird auf den Koalitionsvertrag verwiesen, in dem es heißt: „Den Schienenlärm wollen wir bis 2020 deutschlandweit halbieren.“ Ab diesem Zeitpunkt sollen laute Güterwagen im deutschen Schienennetz nicht mehr zugelassen werden. Allerdings scheint das Zwischenziel, bis 2016 die Hälfte aller Waggon auf lärm mindernde Bremsen umzurüsten, gefährdet.

Im Positionspapier fordern wir ein Tempolimit oder gar Nachtfahrverbote, solan-

ge nicht alle Güterwagen auf leise Bremsen umgerüstet sind.

Viele Bürgerinnen entlang der Bahnstrecken im Landkreis Verden profitieren bereits vom geplanten Bau von Lärmschutzmaßnahmen der Bahn, die bald begonnen werden sollen. Es gibt aber auch Bereiche, die davon nicht erfasst werden – hier hoffe ich, dass wir durch die schnelle Reduzierung des Lärms, der von den Güterwagen ausgeht, Linderung schaffen können. Gerade die Güterwaggon sind enorm laut. In der „Abgeordnetengruppe Bahnlärm“ werde ich mich weiter für eine Reduzierung der Lärmbelastung der Anwohner an den Bahnstrecken einsetzen.

Besuch aus dem Wahlkreis

Am Mittwoch bekam ich Besuch vom ehemaligen Verdener Bürgermeister Wolfgang Krippendorff. Gemeinsam mit zwei Gästen aus Mexiko beehrte er mich in meiner Berliner „Wirkungsstätte“. Selbstverständlich ließ ich es mir nicht nehmen, Herrn Krippendorff persönlich zu empfangen und mich bei einem Kaffee mit ihm auszutauschen. Bei der gemeinsamen Amtszeit als Bürgermeister zweier Nachbarschaftskommunen war die Kommunalpolitik ebenso Thema wie die wirtschaftliche Situation Mexikos, dem Heimatland der Gäste von Herrn Krippendorff. Natürlich haben wir uns auch über die aktuelle Tagespolitik—mit besonderem Schwerpunkt auf dem Thema Griechenland liegend—ausgetauscht.

Bei einem anschließenden Rundgang durch die Häuser des Parlaments konnten sowohl Herr Krippendorff als auch seine Gäste interessante Einblicke und spannende Details rund um den Bundestag erfahren. Beendet wurde der Rundgang auf der Kuppel des Reichstagsgebäudes, von wo aus man Berlin aus einer ganz neuen Perspektive erleben kann.



Büro Berlin:

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 - 22 77 13 22

E-Mail: andreas.mattfeldt@bundestag.de

Internet: www.andreas-mattfeldt.de

Redaktion: Tatjana Range